

Dienstag 15. Dezember 2020

Nummer 916

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

"Es gibt eine sehr starke pro-europäische Stimme in Ungarn."

Autor : Katalin Cseh



Die Stärkung der Europäischen Union erfordert die Entwicklung einer gemeinsamen Gesundheitspolitik, eine effektivere Entscheidungsfindung und eine aktive Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit, sagt Katalin Cseh MdEP von der ungarischen Partei Momentum.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Studie/Parlamente - Gesundheit/Europa - Veröffentlichung **Europäischer Rat** : Schlussfolgerungen **Kommission** : Mobilität - Klima - Terrorismus - Batterien - EU-UK - Irland **Parlament** : Erasmus - Jugend/Solidarität - Grenzen/Visa - Migration - Klima - Transparenz **Rat der Europäischen Union** : Transport - Telekommunikation - Verteidigung - Terrorismus - Kohäsion - Migration/Asyl - Haushalt - Forschung - Cybersicherheit **Diplomatie** : EU-UK - Algerien - Belarus **Gerichtshof** : Entsendung von Arbeitnehmern **EU-Rechnungshof** : Post-Covid **EZB** : Neustart - Direktorium **Europäische Agenturen** : Weltraum **Deutschland** : Bericht/OECD **Frankreich** : Deutschland/Weltraum **Litauen** : Regierung **Großbritannien** : Norwegen/Island **Europarat** : Ukraine **Berichte / Studien** : Sicherheit - Renten - Künstliche Intelligenz **Kultur** : Kino/LUX - Film/Les Arcs - Ausstellung/Wien - Ausstellung/Toledo - Photo/Schweiz - Museum/Dublin

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Das Parlament zu Zeiten des Coronavirus



Die Stiftung initiierte, in Kooperation mit einem europäischen Hochschulforschungsnetzwerk, das 2016 von der Universität Lille zum Thema "Parlament und Zeit" geschaffen wurde, eine neue Reihe von Berichten, die über "die Auswirkungen der Gesundheitskrise auf die Funktionsweise der nationalen Parlamente" in Europa berichten sollen. Die Veröffentlichungen dieser Woche konzentrieren sich auf Deutschland und das Europäische Parlament... [Fortsetzung](#)

Übersicht zu den Gesundheitsmaßnahmen und Reisebedingungen in Europa



Kurz vor Weihnachten versuchen die europäischen Staaten, ein Gleichgewicht zwischen gesundheitlichen Maßnahmen und der Aufrechterhaltung von Geschäftsaktivitäten und Familienzusammenkünften für die Festtage zu finden und gleichzeitig ihr Vorgehen zu koordinieren. Die Stiftung bietet Ihnen eine Zusammenfassung der Gesundheitsmaßnahmen vor Ort und der Reisebedingungen in ganz Europa an. Eine unverzichtbare Ressource, die regelmäßig aktualisiert wird, um die Situation zu verstehen... [Fortsetzung](#)

Der "Schuman-Bericht über Europa, Zustand der Union 2020"



Die Ausgabe 2020 des "Schuman-Berichts über Europa, der Zustand der Union", ein Nachschlagewerk für europäische Entscheidungsträger, ist jetzt in französischer Sprache in gedruckter Form erschienen, herausgegeben von Marie B. Er ist auch in elektronischer Form in Französisch und Englisch verfügbar, mit Beiträgen von führenden Persönlichkeiten und Experten. Dieser Bericht bietet einen umfassenden Überblick über die Europäische Union und analysiert die Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates



Die Staats- und Regierungschefs haben sich bei ihrem Treffen am 10. und 11. Dezember auf die Anwendung des Konditionalitätsmechanismus zum Schutz des Haushalts und des Konjunkturprogramms geeinigt und damit dessen Umsetzung ermöglicht. Sie einigten sich darauf, die Treibhausgasemissionen in der Union bis 2030 um 55% gegenüber 1990 zu reduzieren. Sie beschlossenen Sanktionen gegen die Türkei als Reaktion auf deren Aktivitäten im östlichen Mittelmeer und werden im März über weitere Sanktionen beraten. Sie forderten die Kommission auf, einen gemeinsamen Rahmen für Antigentests und Impfbescheinigungen gegen Covid-19 vorzuschlagen. Auch auf dem Eurozonen-Gipfel forderten sie eine schnelle Umsetzung des Kapitalmarktes... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kommission :

Strategie für intelligente und nachhaltige Mobilität



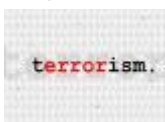
Am 9. Dezember stellte die Kommission ihre "Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität" vor, die nicht weniger als 82 Initiativen umfasst, die den ökologischen und digitalen Wandel des europäischen Verkehrs im Rahmen des Grünen Pakts unterstützen sollen. Die Initiativen sollen dazu beitragen, dass 30 Millionen Elektroautos zugelassen werden, dass der Hochgeschwindigkeitseisenbahnverkehr verdoppelt wird und die Installation von 3 Millionen öffentlichen Elektroladestationen bis 2030 erreicht wird. Der Verkehrssektor ist für 27% der Treibhausgasemissionen verantwortlich und ist entscheidend für das Erreichen der Klimaziele der Union... [Fortsetzung](#)

Start des Europäischen Klimapakts



Die Kommission hat am 10. Dezember einen "Europäischen Klimapakt" ins Leben gerufen, einen Bereich für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch im Rahmen der Umweltziele des Grünen Pakts. Die Kommission lädt Einzelpersonen und Organisationen ein, Botschafter für den Pakt zu werden. Diese werden bei der Auftaktveranstaltung am 16. Dezember vorgestellt. Die erste Phase konzentriert sich auf Grünflächen, grüne Mobilität, energieeffiziente Gebäude und berufliche Fähigkeiten in Bezug auf grüne Arbeitsplätze... [Fortsetzung](#)

Programm zur Terrorismusbekämpfung



Die Kommission hat am 9. Dezember ein Programm zur wirksameren Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus und zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Union gegenüber terroristischen Bedrohungen vorgelegt. Das Programm sieht Investitionen in neue Technologien vor, um terroristischen Bedrohungen vorzubeugen und Radikalisierung im Internet zu bekämpfen, insbesondere durch Vorschriften zur Entfernung terroristischer Inhalte. Das Mandat von Europol wird erweitert, um die Zusammenarbeit mit privaten Akteuren und der Europäischen Staatsanwaltschaft zu erleichtern und um die Ermittlung von "ausländischen Kämpfern" zu ermöglichen... [Fortsetzung](#)

Reform der Batteriegesetzgebung



Die Kommission hat am 10. Dezember vorgeschlagen, die EU-Gesetzgebung für Batterien zu reformieren, um deren Haltbarkeit zu verbessern und ihre Umweltauswirkungen zu verringern. Ab dem 1. Juli 2024 sind nur noch wiederaufladbare Industriebatterien und Batterien für Elektrofahrzeuge erlaubt. 70 % der Gerätebatterien müssen bis 2030 recyclebar sein. Alle anderen Batterien werden gesammelt und recycelt, und ausgediente Elektrobatterien werden für andere Zwecke wiederverwendet... [Fortsetzung](#)

Großbritannien: Maßnahmen im Falle eines No-Deal Brexits



Die Kommission legte am 10. Dezember Vorschläge vor, um sich darauf vorzubereiten, dass es nach der Übergangszeit am 31. Dezember kein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich geben wird. Darin enthalten sind drei Verordnungen, die Luft- und Straßenverbindungen sowie Sicherheit garantieren, für 6 Monate gültig sind und auf Gegenseitigkeit beruhen. Was die Fischereirechte betrifft, so sieht der Vorschlag den gegenseitigen Zugang zu den Hoheitsgewässern vor, bis ein neues Abkommen erreicht ist... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Abkommen mit Großbritannien über Irland



Die Ko-Vorsitzenden des Gemeinsamen Ausschusses der EU und des Vereinigten Königreichs, Maros Sefcovic und Michael Gove, erzielten am 8. Dezember eine Einigung über die Umsetzung des Protokolls zu Irland und Nordirland, das im Austrittsabkommen 2019 vorgesehen ist. Das Abkommen betrifft Grenzkontrollstellen und besondere Eingangsstellen, Ausfuhranmeldungen, die Lieferung von Arzneimitteln, gekühlten und anderen Lebensmitteln sowie eine Klärung der Anwendung von staatlichen Beihilfen im Rahmen des Protokolls... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Vereinbarung über das Programm Erasmus+



Die Verhandlungsführer von Rat und Parlament haben sich am 11. Dezember auf die Details des Erasmus+ Programms für 2021-2027 geeinigt. Das reformierte 26,3-Milliarden-Euro-Programm soll die Zahl der Begünstigten auf 12 Millionen junge Menschen verdreifachen und nicht nur die Hochschulbildung, sondern auch andere Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung abdecken... [Fortsetzung](#)

Vorläufige Einigung über das Europäische Solidaritätskorps



Das Parlament und der Rat haben am 11. Dezember eine vorläufige Einigung über das Programm des Europäischen Solidaritätskorps für die Jahre 2021 bis 2027 erzielt. Das Programm wird mit einer Milliarde Euro ausgestattet und finanziert das freiwillige Engagement von rund 350 000 jungen Menschen in zwei Bereichen: solidarische Aktivitäten, die den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen, und humanitäre Hilfe... [Fortsetzung](#)

Vereinbarung über den Integrierten Grenzverwaltungs fonds



Der Rat und das Parlament einigten sich am 10. Dezember auf die Details des Fonds des Integrierten Grenzschutzsystems. Eine 6,2 Mrd. € Tranche des Haushaltes 2021-2027 ist für die Grenzverwaltung und die gemeinsame Visapolitik vorgesehen, insbesondere für die Interoperabilität der IT-Systeme (Eurodac, VIS) und (SIS). Das Budget der Frontex-Agentur hängt vom erweiterten Fonds für die innere Sicherheit ab, der mit rund 2,5 Milliarden Euro ausgestattet ist und dessen Details von den Mitgesetzgebern noch verhandelt werden müssen... [Fortsetzung](#)

Vereinbarung über den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds



Die Verhandlungsführer von Rat und Parlament einigten sich am 9. Dezember auf die Details des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF), der im nächsten Haushalt 9,6 Milliarden Euro erhalten wird, dreimal mehr als im Zeitraum 2014-2020. Die Mitgliedstaaten erhalten bis zu 10.000 € an Entschädigungskosten pro umgesiedelter Person, vorher waren es 6.000 €. Alle Mitgliedsstaaten außer Dänemark beteiligen sich an dem Fonds... [Fortsetzung](#)

Vereinbarung über den Just Transition Fund



Die Unterhändler von Rat und Parlament einigten sich am 9. Dezember auf die Einrichtung des Just Transition Fund (JTF), ein Instrument des Grünen Paktes mit einem Budget von 17,5 Milliarden Euro. Der Fonds wird zur Finanzierung öffentlicher Investitionen in erneuerbare Energien, Kleinstunternehmen der Energiewende und für Innovationen in Bildung und Forschung eingesetzt. Die Finanzierung von Projekten aus den Bereichen fossile und nukleare Energie sowie Tabakwaren sind ausgeschlossen... [Fortsetzung](#)

Vereinbarung über die Stärkung des Transparenzregisters



Unterhändler des Parlaments, des Rates und der Kommission erzielten am 7. Dezember eine Einigung darüber, dass es für Interessengruppen verpflichtend ist, sich in das Transparenzregister der Union eintragen zu lassen, um bestimmte Aktivitäten mit den drei Institutionen durchführen zu können. Dem Jahresbericht über den Betrieb des Transparenzregisters wird ein Kapitel über die Umsetzung des Cross-Compliance-Prinzips und die Transparenzmaßnahmen hinzugefügt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

Treffen der Verkehrsminister



Die Verkehrsminister einigten sich am 8. Dezember mit dem Parlament auf ein Verhandlungsmandat für die Überarbeitung der "Eurovignetten"-Richtlinie, um den Straßenverkehr, durch die Erhebung von Nutzungsgebühren für schwere Nutzfahrzeuge, nachhaltiger zu gestalten. Sie diskutierten über die Stärkung des einheitlichen europäischen Luftraums und einige Minister äußerten Vorbehalte gegen das Projekt. 17 Länder gaben bekannt, dass sie der europäischen Initiative für Prozessoren und Halbleitertechnologien beitreten werden. Portugal stellte sein Programm für die nächste Präsidentschaft vor... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der Minister für Telekommunikation



Am 7. Dezember diskutierten die Telekommunikationsminister den Vorschlag der Kommission zur Data Governance und zur Schaffung von europäischen Daten-Interoperabilitätsbereichen in strategischen Sektoren wie Energie, Mobilität und Gesundheit. Die Minister fordern einen transparenten gesetzlichen Rahmen, um Unternehmen und Einzelpersonen zu ermutigen, ihre Daten in größerem Umfang zu teilen. Sie betonten, wie wichtig es ist, die kommerziellen Verpflichtungen der Union in Bezug auf den internationalen Datenverkehr einzuhalten... [Fortsetzung](#)

Vereinbarung über den Europäischen Verteidigungsfonds



Die Unterhändler von Rat und Parlament einigten sich am 14. Dezember auf die Details des Europäischen Verteidigungsfonds, der gemeinsame Projekte der Verteidigungsindustrie und -forschung kofinanziert. Das Parlament erreichte eine Vereinbarung, dass die Kommission für jedes Projekt eine "ethische Bewertung" vornimmt. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 7,9 Milliarden Euro, wovon 5,3 Milliarden Euro in Projekte und 2,6 Milliarden Euro in die Forschung fließen... [Fortsetzung](#)

Abkommen zur Online-Terrorismusbekämpfung



Die Unterhändler von Rat und Parlament haben sich am 10. Dezember auf einen Vorschlag für eine Gesetzgebung zur Bekämpfung des Terrorismus im Internet geeinigt. Der Vorschlag zielt darauf ab, ein einheitliches Instrument zu schaffen, das die Mitgliedstaaten bei der Koordinierung und Bekämpfung des Online-Terrorismus unterstützt, sowie verbindliche Regeln für Hosting-Plattformen einführt. Der Text enthält Garantien für die Einhaltung der Charta der Grundrechte sowie ein Recht auf Kontrolle der Justizbehörden... [Fortsetzung](#)

Interimsabkommen über regionale Investitionen



Das Parlament und der Rat haben am 8. Dezember eine politische Einigung über die Verwendung des Kohäsionsfonds und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für regionale Investitionen in den Jahren 2021 bis 2027 erzielt. Die beiden Fonds werden zum digitalen und grünen Wandel, zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen durch die Finanzierung von Projekten wie dem Ersatz von Kohleheizungen durch Erdgas und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen, beitragen... [Fortsetzung](#)

Treffen der Innenminister

Am 14. Dezember tauschten sich die Innenminister über die verschiedenen Aspekte des von der Kommission vorgeschlagenen Paktes zu Migration und Asyl aus. Sie kamen überein, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zu



verstärken, und legten politische Prioritäten fest, die bis 2025 erreicht werden sollen, wie z. B. die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, die Überwachung des technologischen Fortschritts, die globale Zusammenarbeit, die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität sowie die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Verabschiedung des Mehrjahreshaushalts und des Konjunkturprogramms



Der Rat hat am 14. Dezember die Verordnungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 und das Konjunkturprogramm sowie den Beschluss über die Eigenmittel angenommen, die es der Union ermöglichen werden, die im Konjunkturprogramm vorgesehenen 750 Mrd. EUR zu akquirieren. Die drei Texte wurden nach der Einigung auf dem Europäischen Rat am 10. und 11. Dezember über den Mechanismus der Haushaltskonditionalität angenommen. Sie müssen auch vom Parlament genehmigt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Politische Einigung über das Programm Horizon Europe



Die Verhandlungsführer des Rates und des Parlaments erzielten am 11. Dezember eine Einigung über das Forschungs- und Innovationsprogramm "Horizon Europe" für den Zeitraum 2021-2027. Das Budget beträgt 95,5 Milliarden Euro, dies entspricht einer Steigerung von 30 % gegenüber dem vorherigen Budget. Die Vereinbarung regelt das Verhältnis zwischen Horizon Europe und anderen europäischen Programmen sowie die Bedingungen für die Zusammenarbeit mit Drittländern. Es finanziert unter anderem InvestEU, Euratom, das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT), die Gemeinsame Forschungsstelle und den neuen Europäischen Innovationsrat (EIC) mit einem Budget von 10 Milliarden Euro, der sich auf disruptive Innovationen und die Schaffung neuer Marktchancen konzentrieren wird... [Fortsetzung](#)

Einigung über den Aufgabenbereich des Europäischen Cybersecurity-Kompetenzzentrums



Das Parlament und der Rat erzielten am 11. Dezember eine vorläufige Einigung über die Einrichtung eines europäischen Kompetenzzentrums für industrielle, technologische und forschungsbezogene Cybersicherheit sowie eines europäischen Netzwerks nationaler Koordinierungszentren. Beide Strukturen dienen der Sicherung des digitalen Binnenmarktes. Sie werden für die Verwaltung der Cybersicherheitsmittel aus den Programmen Digital Europe und Horizon Europe verantwortlich sein. Am 9. Dezember wurde die Stadt Bukarest als Sitz des zukünftigen Zentrums ausgewählt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Diplomatie :

Fortsetzung der Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zu Großbritannien



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der britische Premierminister Boris Johnson haben am 13. Dezember beschlossen, die Verhandlungen fortzusetzen, um eine Einigung über die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich zu erzielen... [Fortsetzung](#)

Treffen des Assoziationsrates EU-Algerien



Die Mitglieder des Assoziationsrates zwischen der Europäischen Union und Algerien haben am 7. Dezember ihre Zusammenarbeit besprochen. Die Union möchte Algerien bei der Schaffung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwungs und der Einbeziehung von Umweltfragen in seine sektoralen Politiken, insbesondere in seine Energiepolitik, unterstützen. Beide Parteien wollen ihre Zusammenarbeit bei der Rückführung illegaler Einwanderer und im Kampf gegen kriminelle Netzwerke, Radikalisierung und die Finanzierung des Terrorismus verstärken... [Fortsetzung](#)

24 Millionen Euro Unterstützung für die Zivilgesellschaft in Belarus



Die Kommission kündigte am 11. Dezember eine finanzielle Unterstützung für die Zivilgesellschaft in Belarus in Höhe von 24 Mio. € an, und zwar in Form von Hilfe für unabhängige Medien (8 Mio. €) und eines Stipendienprogramms für junge Menschen (8 Mio. €). Der Rest der Hilfe zielt auf die Widerstandsfähigkeit der belarussischen kleinen und mittleren

Gerichtshof :

Validierung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern



Der Europäische Gerichtshof hat am 8. Dezember entschieden, dass die 2018 verabschiedete Entsenderichtlinie, die die ursprüngliche Richtlinie von 1996 ändert, die Freiheit der Erbringung von Dienstleistungen und die Gültigkeit von Arbeitsverträgen in den Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigt. Der Gerichtshof bekräftigt, dass die Richtlinie die Ziele des sozialen Schutzes und der Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus erfüllt und dass diese Behandlung die ursprünglichen Verträge, die die entsandten Arbeitnehmer mit ihrem Herkunftsstaat geschlossen haben, nicht ändert... [Fortsetzung](#)

EU-Rechnungshof :

Bericht über die staatlichen Reaktionen auf die Covid-19-Krise



In einem am 9. Dezember veröffentlichten Bericht weist der Rechnungshof auf die Gefahr hin, dass die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten im Zuge der Covid-19-Krise zunehmen. Der Bericht warnt, dass niedrige öffentliche Ausgaben in Griechenland, Bulgarien, Rumänien oder Zypern die sozialen Folgen der Krise verstärken könnten. Für die Union stellen die Prüfer fest, dass die vorgeschlagenen Neustart-Maßnahmen zwar eine Gelegenheit für mehr Koordinierung darstellen, die Herausforderung für die Union jedoch darin bestehen wird, ihre Haushaltsregeln wiederherzustellen oder zu reformieren, ohne den Neustart oder die Nachhaltigkeit bei der Schuldenfrage zu beeinträchtigen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

EZB :

Rekalibrierung der geldpolitischen Instrumente



Die Europäische Zentralbank (EZB) beschloss am 10. Dezember, ihre geldpolitischen Instrumente neu zu kalibrieren, um die Union bei der Bewältigung des Wiederaufflammens der Pandemie zu unterstützen. Das Pandemie-Notfallankaufsprogramm PEPP wird mit zusätzlichen 500 Milliarden Euro ausgestattet und bis Ende März 2022 verlängert. Die Lockerung der Bedingungen für langfristige Refinanzierungsgeschäfte gilt bis Juni 2022. Die EZB hat beschlossen, als Reaktion auf die Pandemie im Jahr 2021 vier zusätzliche längerfristige Notfallrefinanzierungsgeschäfte durchzuführen, um die Wirksamkeit ihres Sicherheitsnetzes zu gewährleisten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frank Elderson zum Mitglied des Direktoriums ernannt



Am 10. Dezember ernannte der Europäische Rat Frank Elderson zum Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Er ist derzeit Mitglied des Direktoriums der Niederländischen Zentralbank und wird sein Amt am 15. Dezember für eine nicht verlängerbare Amtszeit von acht Jahren antreten. Er tritt die Nachfolge von Yves Mersch an, dessen Amtszeit am 14. Dezember endet... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Entwicklung des Space Rider, eines europäischen atmosphärischen Wiedereintrittsfahrzeugs



Die Europäische Raumfahrtagentur unterzeichnete am 9. Dezember einen Vertrag mit dem Joint Venture Thales Aliena Space über den Bau des Space Rider, einer wiederverwendbaren unbemannten Raumfähre, bis 2023. Diese Raumfähre wird der Union ein autonomes Raumtransportsystem zur Verfügung stellen und für wissenschaftliche und kommerzielle Missionen eingesetzt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland :

OECD-Bericht zur deutschen Wirtschaft



Am 8. Dezember veröffentlichte die OECD einen Bericht über die deutsche Wirtschaft, der für 2020 einen Rückgang des BIP um 5,5 % prognostiziert, bevor es 2021 um 2,8 % und 2022 um 3,3 % steigen wird. Der Bericht lobt die Wirksamkeit des deutschen Kurzarbeitssystems, das dazu beigetragen hat, den Anstieg der Arbeitslosenquote auf nur 1,4 % im zweiten Quartal 2020 zu begrenzen. Der Bericht hält das 130-Milliarden-

Euro-Konjunkturpaket der Regierung für die digitale Wende und die Energiewende für ermutigend, empfiehlt aber mehr Investitionen in die Infrastruktur... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Deutsch-Französische Arbeitsgruppe für Raumfahrt



Die Wirtschaftsminister von Frankreich und Deutschland, Bruno Le Maire und Peter Altmaier, haben am 11. Dezember beschlossen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zum Thema Raumfahrt einzurichten. Diese Gruppe wird Mitte 2021 einen Bericht mit politischen Empfehlungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz des Sektors vorlegen, wobei der Schwerpunkt auf zukünftigen europäischen Trägerraketen liegt... [Fortsetzung](#)

Litauen :

Neue Regierung unter Leitung von Ingrida Simonyte



Am 11. Dezember billigte das litauische Parlament mit 78 zu 30 Stimmen bei 20 Enthaltungen die von Ingrida Simonyte geführte Regierung, die anschließend vereidigt wurde. Die Regierung, besteht aus 15 Ministern, darunter 7 Frauen. Sie ist das Ergebnis einer Koalition zwischen der Union der Patriotisch-Christlichen Demokraten und zwei liberalen Parteien, der Liberalen Bewegung und der Partei der Freiheit, die die Parlamentswahlen vom 11. und 25. Oktober gewonnen haben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Business-Continuity-Abkommen mit Norwegen und Island



Großbritannien unterzeichnete am 8. Dezember ein "Business Continuity"-Abkommen mit Norwegen und Island, um die bestehenden Abkommen mit der Europäischen Union nach der Übergangszeit am 31. Dezember 2020 abzulösen. Der Warenhandel zwischen dem Vereinigten Königreich und diesen beiden Ländern hatte 2019 einen Wert von 20 Milliarden Pfund, und das Abkommen sieht vor, dass 95 % der mit Norwegen und 90 % der mit Island gehandelten Waren zollfrei bleiben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europarat :

Ukraine: Europarat besorgt über Urteil des Verfassungsgerichts

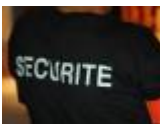


In einer "dringenden" Stellungnahme, die am 10. Dezember veröffentlicht wurde, stellte die Venedig-Kommission, das Expertengremium des Europarats für Verfassungsrecht, fest, dass eine Entscheidung des ukrainischen Verfassungsgerichts, die ein neues Anti-Korruptionsgesetz anfechtet, "nicht auf internationalem Recht basiert" und aufgrund von Interessenkonflikten, in die mehrere Richter verwickelt sind, "ernsthaft mangelhaft" ist. Nach der Entscheidung des Gerichts Ende Oktober hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, der auf Basis seiner Anti-Korruptions-Strategie gewählt wurde, das Parlament um eine Reform des Gerichts und die Venedig-Kommission um eine dringende Stellungnahme gebeten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Berichte / Studien :

Bericht über die Strategie für die Sicherheitsunion



Am 9. Dezember veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Umsetzung der Strategie für die Sicherheitsunion. Einige Fortschritte wurden beim Schutz von 5G-Netzen, bei der Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch, hybriden Bedrohungen, Fehlinformationen und Terrorismus erzielt. Aber physische oder digitale Infrastrukturen müssen besser geschützt werden und die Staaten müssen mehr tun, um Sicherheitsrichtlinien umzusetzen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bericht über den Zustand der privaten und öffentlichen Rentensysteme



Die OECD veröffentlichte am 7. Dezember einen Bericht über die Auswirkungen des Covid-19-Virus auf die Rentensysteme. Diese Krise ist ein weiteres Risiko, welches zu den bereits bestehenden Risiken, wie der Alterung der Bevölkerung und der geringen Rendite auf Ersparnisse hinzu kommt, die bereits die Renten belasteten. Die OECD empfiehlt den Regierungen, vermehrt Bewertungen zur Identifizierung von Risikogruppen durchzuführen und Maßnahmen zu entwickeln, die sicherstellen, dass Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen die Möglichkeit haben, für den Ruhestand zu sparen... [Fortsetzung](#)

Europäer sind unzureichend gegen den Einfluss von künstlicher Intelligenz geschützt



Die europäischen Staaten sollten ihre Gesetzgebung stärken, um die Grundrechte im Angesicht der künstlichen Intelligenz zu schützen, die eine Quelle für Fehler und Diskriminierung sein kann, so ein Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, der am 14. Dezember veröffentlicht wurde... [Fortsetzung](#)

Kultur :

LUX-Preis: drei Filme auf der Shortlist für den Europäischen Publikumspreis



Bei der virtuellen Verleihung des Europäischen Filmpreises am 12. Dezember in Berlin waren die drei Filme "Drunk", "La Communion" und "L'Affaire Collective" auf der Shortlist für den LUX-Publikumspreis. Die Zuschauer können bis zum 11. April 2021 abstimmen. Die drei ausgewählten Filme werden in den 24 Amtssprachen der Union untertitelt. Der Gewinner wird auf der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments am 28. April 2021 bekannt gegeben... [Fortsetzung](#)

Les Arcs Film Festival online



Die 12. Ausgabe des Arcs Film Festivals, das dem europäischen Independent-Kino gewidmet ist, läuft noch bis zum 26. Dezember. 120 Filme aus ganz Europa stehen auf dem Programm... [Fortsetzung](#)

Inspiration Beethoven



Noch bis zum 5. April 2021 zeigt das Leopold Museum in Wien die Ausstellung "Inspiration Beethoven", die vom Einfluss Ludwig van Beethovens, dessen 250. Geburtstag gefeiert wird, auf die Wiener Moderne zeugt. Die Ausstellung zeigt eine Rekonstruktion des Musikkabinetts von Josef Maria Auentaller, zahlreiche Werke von Gustav Klimt, Carl Moll oder Alfred Roller, die die Bewunderung dieser Künstler für den Komponisten verdeutlichen... [Fortsetzung](#)

Der Prado in Toledo



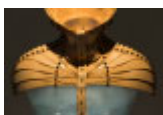
Im Rahmen des Projekts "Prado in den Straßen", wobei man durch die verschiedenen Städte von Kastilien-La Mancha reist, beherbergt Toledo bis zum 25. Dezember fast 50 Fotografien, die europäische Gemälde vom frühen 12. bis zum frühen 20. Jahrhundert, die im Prado-Museum in Madrid aufbewahrt werden, in Originalgröße zeigen... [Fortsetzung](#)

Pressefoto in der Schweiz



Bis zum 21. Februar 2021 zeigt das Château de Prangins - das Schweizerische Landesmuseum die Ausstellung Swiss Press Photo und World Press Photo 20, eine Sammlung von Pressefotos, die die wichtigsten Ereignisse des Jahres 2019 nachzeichnen... [Fortsetzung](#)

Neuerwerbungen im National Museum of Ireland



Am 9. Dezember erwarb das National Museum of Ireland die Werkserie "Dressing our Hidden Truths" der zeitgenössischen Künstlerin Alison Lowry. Diese Glasskulpturen und Installationen, die Irlands Vergangenheit und jüngste Traumata erforschen, werden in die ständige Sammlung des Museums aufgenommen... [Fortsetzung](#)

Agenda :

14

14. bis 17. Dezember 2020

Straßburg-Brüssel

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments

Dez



15. bis 16. Dezember
Brüssel
Rat für Landwirtschaft und Fischerei



16. Dezember 2020
Videokonferenz
Treffen der Eurogruppe



17. Dezember 2020
Brüssel
Rat Umwelt
Brüssel
Partnerschaftsrat EU-Armenien



18. Dezember 2020
Brüssel
Kooperationsrat EU-Aserbaidschan

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Jérémy Cottrez, Thomas Hinzelin, Florian Da, Julian Parodi
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin
N° ISSN : 2729-6482

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)